Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Für die Montag-Morgen-Ausgabe: Sonnabend Mittag.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 103. **Mittwoch** den 26. Februar 1896. **90. Jahrgang.**

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 26. Februar.

Die **Socialdemokratie** stellt sich schirmend vor den **sächsischen Königsthron**, schreibt heute aus bekanntem Anlaß die „Nat.-Lib. Corr.", indem sie ausführt: „Das ist keine Fabel, sondern Wirklichkeit, und es ist auch kein phantastischer Einfall, sondern wohlbegründetes Beginnen. Denn der sächsische Thron ist wirklich gefährdet, die blöde Menge hat es bisher nur nicht gemerkt. Man hat wohl gewußt, daß ein Theil der sächsischen Nationalliberalen mit den Conservativen und der Regierung das Landtagswahlrecht ändern will, und hat sich auch darüber allerhand Gedanken gemacht, freundliche und weniger freundliche, je nachdem, aber Jeder hat gemeint, daß es auf die Socialdemokratie gemünzt sei. Das war aber ein großer Irrthum, und er wäre fürchterlich für das sächsische Königshaus geworden, wenn ihn der „Vorwärts" nicht noch rechtzeitig aufgeklärt hätte. Denn gegen die Wettiner ist der Anschlag der sächsischen Nationalliberalen gerichtet, das Zielen auf die Socialdemokratie ist nur eine Kriegslist. Und Folgendes ist im Einzelnen ihr vom „Vorwärts" enthüllter höllischer Plan. Die Nationalliberalen haben im Grunde nie etwas Anderes gewollt, als Sachsen an Preußen verrathen. Bisher hat sie die Furcht vor der Socialdemokratie vor dem Frevel zurückschrecken lassen. Von dieser Furcht befreit sie „ihr" neues Wahlrecht. Gleichzeitig werden sie aber die Conservativen los, denen der Gedanke des Dreiclassenwahlsystems offenbar von den Nationalliberalen suggerirt worden ist, denn das vorgeschlagene Wahlgesetz unterdrückt „das conservative Agrarierthum und seine Affiliirten in der Beamtenwelt", es macht die Nationalliberalen zu „Herren der Zweiten Kammer". Die Conservativen, die das natürlich nicht gutwillig geschehen lassen, bekämpfen den Nationalliberalismus bei den Landtagswahlen. Folge: Feindseligkeit der beiden Parteien, die ihr Zusammengehen bei den Reichstagswahlen verhindert. Folge der Folge: Die Socialdemokratie siegt auf der ganzen Linie, sie wird „zum Herrn des Landes". Und nun ist, wie der Sehermund des „Vorwärts" verkündet, der Augenblick für die schwarze That der sächsischen Nationalliberalen gekommen: „Beherrscht künftig der Nationalliberalismus auf Grund des Dreiclassen-Wahlsystems die Kammer, was gar nicht bezweifelt werden kann, und erachtet er die sächsische Regierung für unfähig, der Socialdemokratie Herr zu werden, was ebenfalls nicht zu bezweifeln ist, so werden", hier erhebt der getreue Eckart des sächsischen Königshauses seine Stimme zum — durch Sperrdruck markirten — Posaunenton, „so werden bei den Nationalliberalen die alten Annexionsgelüste erwachen. Zum Theil dieselben Gründe, die herbeigeführt haben, daß der Particularismus in Sachsen zurückgedrängt wurde, werden jetzt den Unitarismus aufleben lassen und den Untergang des Hauses Wettin beschleunigen. Bekommt der sächsische Nationalliberalismus erst wieder seine natürlichen Gelüste, so wird er bei den preußischen Nationalliberalen und weit über diese hinaus bei den preußischen Liberalen aller Schattirungen und auch der Conservativen ein Echo finden. Man weiß doch wohl in Dresden genau, wie wenig Freunde man in Berlin und in Preußen hat." So ist sie denn erfüllt, die ruchlose Verschwörung, und das Haus Wettin gewarnt. Gewarnt, „denn", so fährt der „Vorwärts" fort, „denn die sächsische Socialdemokratie hat alsdann — d. h., wenn das geänderte Wahlgesetz die nationalliberalen Verräther gereift hat — auch keinen Grund, einem solchen Bestreben der Nationalliberalen entgegenzutreten." Diese bedingte Absage an die Wettiner verträgt sich freilich nicht ganz mit der Gefolgstreue. Aber wir nehmen sie nicht ernst und sind vielmehr gewiß, wenn die Empörung ihr Haupt erhebt, werden die Schönlank, die Goldstein und vor Allen der im feindlichen Lande seinem angestammten Könige treu gebliebene Bebel das grünweiße Band an der rothen Fahne befestigen und sie den um sie geschaarten socialdemokratischen Royalisten im Kampfe gegen den nationalliberalen Convent vorantragen lassen. Schon hören wir auf dem blutgetränkten Felde des sächsischen Saumur Liebknecht-Larochejacquelein, heldenhaft wie sein Vorbild, aber glücklicher als er, den niedergeworfenen Aufrührern und ihren Spießgesellen aus Preußen das „Vive le roi" entgegendonnern, und es bleibt uns bereits jetzt nichts weiter übrig, als ihn für diejenigen sächsischen Nationalliberalen um Pardon zu bitten, die das hochverrätherische neue Wahlgesetz nicht gewollt hatten!"

Die conservative Partei veröffentlicht, wie schon mitgetheilt, die Protokolle über die beiden Sitzungen ihres **Elfer-Ausschusses**, in denen über das Verhältniß der Partei zu Herrn Stöcker verhandelt worden ist. Was sie Neues bringen, ist, wie ebenfalls schon erwähnt, nicht sehr erheblich, aber doch charakteristisch, zum Theil für den Hofprediger, zum Theil für die Beurtheilung seiner Wirksamkeit seitens seiner juristischen Freunde. Diese Letzteren haben, so erklärte **Stöcker** wenigstens, ihm gerathen, von einer Klage gegen den „Kladderadatsch" Abstand zu nehmen. Nun war ein Aufsehen erregendes Gericht des Witzblattes ohne jeden Zweifel an sich beleidigend. Wenn dessen ungeachtet Juristen Herrn Stöcker einen Dienst zu erweisen glaubten, indem sie von der Klage abriethen, so müssen sie von der Ansicht ausgegangen sein, daß das Ergebniß der Gerichtsverhandlung dem Kläger an seinem Ansehen mehr geschadet, als ihm die Verurtheilung des Beleidigers genützt hätte. Für Stöcker wiederum bezeichnend ist es, daß er sich erbot, eine doppelte Erklärung abzugeben. Eine abwinkelte, zur Veröffentlichung für den großen Haufen bestimmt, und eine geheim zu haltende. Man ging nicht darauf ein. **Bemerkenswerth ist weiter, daß die Versuche, Stöcker zu der gewünschten Erklärung zu bewegen oder ihn wenigstens in der Partei festzuhalten, sehr ernst gemeint und eindringlich waren.** Der „Reichsbote" fingirt darum durch die Protokolle die Richtigkeit jener Darstellung bestätigt, wonach es sich im Elfer-Ausschuß lediglich um die Frage der reinlichen Scheidung vom „Volke" gehandelt habe. Im Uebrigen billigt das entschieden socialpolitisch gerichtete Blatt das Verhalten des Ausschusses vollkommen, namentlich die Ablehnung der Erklärung mit doppeltem Boden, die, wie es meint, „Stöcker in das ungünstige Licht der Zweideutigkeit gestellt (!) haben würde"; das wäre für ihn schlimmer gewesen, als eine einfache, etwas weitgehende Erklärung, die von der von ihm zur Veröffentlichung angebotenen eigentlich nicht mehr erheblich abwich. Ganz anders natürlich das „Volk". Es zweifelt — natürlich oft mit einem ungweideutigen Wort — die Richtigkeit des Protokolles an und legt dabei das Hauptgewicht auf die Nichterwähnung der „drei socialpolitischen Anträge Stöcker's", von denen wir, übrigens ohne uns damit durch besondere Menschenkenntniß ausgezeichnet zu haben, gleich nach ihrer Veröffentlichung erkannt hatten, daß sie von Stöcker eingebracht seien, um hinterher den Elfer-Ausschuß ins Unrecht zu setzen. Daß Stöcker selbst erklärt hatte, er lege auf die Berathung des Antrags kein Gewicht, davon ist im „Volk" heute selbstverständlich nichts mehr zu lesen. Die sonstigen Bemängelungen sind noch nebensächlicher; aber das Ganze ist — bis auf die Unterscheidungszeichen — so meisterlich in der Stöcker'schen Kunst der wirksamen halben Andeutung gearbeitet, daß nicht zu bezweifeln steht, daß diejenigen, die über die Wahrheitsliebe des Gottesmannes anders denken, als der „Kladderadatsch" und der conservative Professor Brecher, das Protokoll für eine Fälschung des Thatbestandes ansehen werden.

Die Ausweisung der **amerikanischen** Lebens-Versicherungs-Gesellschaften hat bekanntlich in den Vereinigten Staaten zu scharfen Repressions-Maßregeln gegen die preußischen Feuerversicherungs-Gesellschaften geführt, welche dadurch schwer geschädigt sind. Mit besonderer Befriedigung verfolgt die englische Presse diesen Conflict, denn es bietet sich hier die günstige Gelegenheit, die deutsche Concurrenz auf einem der großartigsten Geschäftsgebiete lahmzulegen, aus welchem im vorigen Jahre die englischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften eine Prämien-Einnahme von fast 150 Millionen Mark erzielt haben. Die Amerikaner suchen aber ihrerseits eifrig noch nach anderen Gelegenheiten, den empfangenen Hieb Deutschland wieder zurückzugeben und englische Blätter bringen mit schadenfroher Genugthuung folgende Notiz:

„Das amerikanische Volk schwingt die Kriegsaxt gegen den deutschen Handel. Der Versicherungs-Conflict hat Untersuchungen veranlaßt, wo etwa in dem Panzer des „Bockes von Berlin" verwundbare Stellen sein möchten. Nach einem Bericht aus Washington vom 26. v. Mts. wird im Senat die Aufhebung des Gesetzes über die Reciprocität bei den Schiffsgebühren beantragt."

Nach diesem Gesetz wurden den Schiffen fremder Nationen die betreffenden Abgaben erlassen, wenn diese Nationen den amerikanischen Schiffen die gleiche Vergünstigung gewährten. Hiervon hat Deutschland seit dem etwa achtjährigen Bestehen des Gesetzes Gebrauch gemacht und die deutschen Dampfergesellschaften haben in Folge dessen jährlich circa 60 000 Dollar an Schiffsabgaben gespart. Da aber amerikanische Schiffe nur selten nach Deutschland kommen, so haben die Amerikaner bei dieser Reciprocität ein schlechtes Geschäft gemacht, nämlich jährlich nur circa 300 Dollar gespart gegen die 60 000 Dollars auf deutscher Seite. Man will nun also dieses Reciprocitäts-Verhältniß wieder aufheben und die dann jährlich den deutschen Dampferlinien abzunehmenden 60 000 Dollar zur Erhaltung von Marine-Hospitälern verwenden.

Wenn wir dieser Tage sagten, die Agonie des **französischen** Cabinets Bourgeois habe begonnen, so findet diese Annahme heute eine dem Ministerium höchst unerwartet gekommene Bestätigung. Gestern hatten nämlich die Abtheilungen der Deputirtenkammer die Mitglieder des Budgetausschusses zu wählen und das Ergebniß war, daß die Mehrheit der Gewählten aus Gegnern des radicalen Einkommensteuer-Entwurfes und damit der Regierung bestand. Von den 33 Mitgliedern der Commission sind 29 absolute Gegner jeder Einkommensteuer, die übrigen 4 sind im Princip für eine Einkommensteuer, machen jedoch ausdrückliche Vorbehalte bezüglich des vom Minister Doumer ausgearbeiteten Gesetzentwurfs. Die Wahl der Commission bedeutet einen starken Vorstoß gegen die Regierung. Die Berathung in den Abtheilungen und die Mitgliederwahlen drehten sich ausschließlich um die Frage der Einkommensteuer, für die bereits die Mehrheit der Deputirtenkammer gewonnen schien. Zieht man den letzteren Umstand in Betracht, so kann man nur annehmen, daß die schwere Niederlage, welche die Regierung in der Budgetcommission unleugbar erlitten hat, wenigstens zum Theil auf die am Sonntag in Châlons-sur-Marne von dem Handelsminister Mesureure gehaltene Rede zurückzuführen ist, über welche bei der gestrigen Wahlbesprechung eine starke Verstimmung zum Ausdruck kam. Der „vorsichtige, praktische Socialismus", den Herr Mesureur zu treiben entschlossen ist, scheint also nicht nach dem Geschmack der Mehrheit der Deputirtenkammer zu sein, die andere Folgen eines solchen Vorgehens heraus rechnet, als sich aus der „Socialwissenschaft" des Handelsministers ergeben. Es fragt sich also noch sehr, ob dem radical-socialistischen Cabinet Bourgeois Gelegenheit gegeben sein wird, zu zeigen, „daß die fortschrittlichen und socialistischen Republikaner das Recht haben, zu regieren".

Die inzwischen wieder behobene zeitweise Sperre des **Suezcanalverkehrs**, die durch das Auflaufen des deutschen Postdampfers „Kanzler" verursacht wurde, hat der Werthschätzung des Canals als marinestrategischer Verbindungsstraße zwischen Großbritannien und Indien in der öffentlichen Meinung Englands erheblichen Abbruch gethan. Der Wiederholung solcher Verkehrshemmnisse in Friedenszeiten läßt sich durch verstärkte Baggerungen vorbeugen; in Kriegszeiten aber bedarf es einer auf die Dauer kaum durchzuführenden Ueberwachung jedes den Canal passirenden nichtenglischen Fahrzeugs, um zu verhindern, daß nicht etwa ein Schiff absichtlich auf den Grund gesetzt und dann mittels Dynamits gesprengt werde. Die in einem solchen Fall eintretende Verkehrsunterbrechung könnte nach Schätzung eines Londoner Blattes leicht drei Wochen und länger dauern, Zeit genug, wie es meint, um Indien zu verlieren. Das einfachste Mittel, den Suezcanal in Kriegszeiten gegen Attentate vorgedachter Art zu sichern, wäre seine hermetische Absperrung gegen die Benutzung durch andere Schiffe als Fahrzeuge der englischen Kriegsmarine, und da dies vielleicht sich nicht so ohne Weiteres dürfte bewerkstelligen lassen, so hat auf einmal der in den letzten Jahrzehnten etwas in Mißcredit gerathene Verkehrsweg um das Cap der guten Hoffnung wieder ganz bedeutend an Ansehen bei den Engländern gewonnen. In Egypten kränkt man sich darüber nicht. Um so größeren Werth aber werden die Engländer auf ihren südafrikanischen Besitz legen.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 25. Februar. Von den Arrestaten abgesehen, wird allgemein Genugthuung empfunden werden über die Zurückweisung, die der Staatssecretair v. Boetticher in Vertretung des Reichskanzlers den „Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin" dafür hat angedeihen lassen, daß sie in einem Schreiben an den höchsten Reichsbeamten als Grundton der Börsengesetzesvorlage ein Mißtrauen gegen die Redlichkeit und Zuverlässigkeit des deutschen Handelsstandes bezeichnet hatten. Es war eine Usurpation der „Aeltesten", im Namen des Handelsstandes zu sprechen; denn in der Berliner Versammlung vom 2. d. Mts., deren Verhandlungsbericht sie dem Reichskanzler überreichten, war nur eine Minderheit der deutschen Handelskammern und nicht einmal alle Börsenplätze vertreten. Der „Reichsanzeiger" spricht darum sehr correct von einer „Kundgebung von Angehörigen des Handelsstandes". Damit nicht genug, haben auch die auf der Berliner Versammlung vertretenen

---

Feuilleton.

Seine „dumme" kleine Frau.

10] Roman von F. Klinck-Lüttelsburg.
Nachdruck verboten.

Auch diese Mittheilung schien den Amtmann nicht weiter zu berühren. Noch immer hatte ein spöttischer Ausdruck in seinem Gesicht das Uebergewicht.

„Nun — und?" fragte er, als der Rechtsanwalt triumphirend auf ihn blickte.

„Scherber wird's bezeugen. Ich habe den Schein sofort in Verwahrung genommen."

„Damit haben Sie doch nichts. Kann er nicht anderes Geld dafür in die Casse gelegt haben?"

„Das glaubt ihm der Richter nicht, darauf können Sie sich verlassen, Amtmann. Ich versichere Sie, diese eine Sache neben einer Anzahl Denunciationen wird ihn zu Falle bringen. Der Polizeicommissar hat das erste Protocoll mit dem Hauptmann aufzunehmen. Der wird 'n schon hineinlegen, ohne daß er's selber weiß. Der Th. ist ein ganz gerissener Hund, sage ich Ihnen."

„Das weiß ich von alkeine."

„Nun, und dann kriegt's der Amtsrichter Börner in Händen, der nachgerade ein Interesse daran hat, ihm eins auszuwischen. Der hat den Bericht."

„Die Geschichte kann doch nicht wieder beim Schöffengericht anhängig gemacht werden."

„Nein, die geht an die Strafkammer, das macht nun aber auch nichts aus. Börner hat den Bericht zu machen, und was er noch nicht weiß, wird ihm Nagel beibringen, der nun einmal den Korb nicht verwindet."

Dann trat eine Pause ein, die Rechtsanwalt Leineweber damit ausfüllte, den Amtmann von Greifingen auf das Schärfste zu beobachten. Es war aber auch jetzt nichts Ungewöhnliches in dem Gesichtsausdruck desselben wahrzunehmen. Nach einigen Minuten sagte er in ruhigem gleichmüthigen Tone:

„Ja, auf die Art würde er natürlich am Besten mundtodt gemacht. Wenns nur glückt! Der hat eine eigene Art mit den Leuten fertig zu werden. Verfluchte Wirthschaft! Man kommt so nicht mehr aus der Unruhe und dem Aerger heraus. Auch die Hilligenfeld macht mir Sorge."

Der Rechtsanwalt, welcher von seinem Besuch sich abgewendet hatte und eine Feder spielend auf dem Finger wegließ dieselbe fallen und warf einen raschen Blick auf den Amtmann.

„Die Hilligenfeld? Was ist mit der?"

„Sie will das Geld nicht nehmen, was der Alte ihr vermacht hat. Sie war gestern bei mir, um mir zweihundert Mark als Abschlagszahlung auf die ihr vorgestreckte Summe zurückzugeben und mir zu sagen, daß sie nichts mit dem Legat zu thun haben wolle. Das Geld werde ihr wie höllisches Feuer an den Fingern brennen und ihren Kindern zum Fluche werden und was sie noch weiter herschnurrte, als ob sie's auswendig gelernt hätte.

„Teufel, noch einmal!" stieß der Rechtsanwalt sichtlich erschrocken hervor. „Die kann uns zu schaffen machen."

„Das dachte ich auch und darum bin ich hier. Sie hat sich's in den Kopf gesetzt, daß der Himmel sie dafür strafen würde, daß sie Ihnen nichts von dem Geistieszustand des Alten gesagt hat. Ich habe sie einstweilen nur damit beschwichtigen können, daß ich ihr sagte, sie werde ins Gefängniß kommen, sobald das Gericht in Erfahrung brächte, daß sie, um sich einen Vortheil zu verschaffen, einen öffentlichen Beamten belegen und dadurch zu einer Testamentsfälschung beigetragen hätte. Vorläufig hat ja das gewirkt, aber lange hält's bei der nicht vor. Die Hilligenfeld kenne ich von Haus aus. Wenn die ihren Koller kriegt, nachher ist nichts mehr zu machen. Das grübelt sie nun so eine Weile hin bis sie sich's überlegt hat, daß sie's lieber abbrummen als die Sündenlast mit sich herumtragen will. Dann geht sie eines Tages auf's Gericht."

„Zum Henker auch, und dabei sind Sie so gleichmüthig", fuhr Leineweber auf, und eine hektische Röthe brannte auf seinen schmalen Wangen.

„Ja — was soll ich denn thun? Da bleibt gar nichts übrig, als die schleunigst zu Grunde zu richten. Das kann doch nicht schwer fallen. Die steht ja lange auf der Kippe."

„Das ist ganz gut, aber wie denn? Wenn die nicht so halb übergeschnappt wäre, würde ihr gar nicht beizukommen sein. Die geschäftlichen Schwierigkeiten sind nicht so schlimm wie wir uns vorgestellt. Sie nimmt's nur so ernst und hat den Kopf verloren. Ihre Activa übersteigen bei weitem die Passiva."

Der Amtmann machte ein verdrießliches Gesicht.

„Na, was soll denn das nur eigentlich, Leineweber? Mich machen Sie doch nicht dumm, ich weiß, wie Sie's zuwege bringen, wenn Sie nur wollen. Sie haben doch wahrlich nicht den ersten Dummen ruinirt. Sagen Sie doch grade heraus, was Sie wollen, dann können wir handeln."

„Meinen Sie die Hilligenfeld allein?" fragte der Rechtsanwalt lauernd.

„Ach was", gab der Amtmann ungeduldig zurück. „Damit ist nichts gemacht. Nur der Ortsrichter ist sicher. Da ist noch die Rüttringen und dann die Bergner. Die müssen alle drei so weit gebracht werden, daß sie nicht mehr zeugen können. Am besten wär's durch einen Meineid."

„Drei durch Meineid — das geht nicht", sagte Leineweber nachdenklich.

„Na, wie Sie's machen, kann mir schließlich egal sein. Da will ich Ihnen nicht drein reden. Die Hauptsache ist, daß Sie die Sache besorgen und daß gleich. Wenn das, was Sie von dem Rüttlingen sagen, wahr ist, thut Eile noth. Und nun der Preis."

„Fünfzigtausend Mark", entgegnete der Rechtsanwalt, ohne sich nur einen Augenblick zu besinnen.

„Fünfzigtausend Mark", wiederholte der Amtmann mit dem Kopfe nickend. „An Frechheit fehlt's Ihnen wahrlich nicht."

„So — und was riskire ich?"

„Nichts. Sie haben so gut ein Interesse, daß das Testament aufrecht erhalten bleibt, als ich. Lange handeln will ich nicht. Dreißigtausend Mark sollen Sie haben, nicht einen Heller mehr."

„Geben Sie's schriftlich."

„Ach was — das wäre die reinste Verrücktheit. Was wollen Sie denn eigentlich mit einem solchen Wisch, der nur einmal in unrechte Hände kommen könnte, machen? Ich halte Ihnen schon mein Wort. Bringen Sie den Hauptmann und die drei Weiber so weit, so kriegen Sie Ihre dreißigtausend Mark und damit — gut."

Der Amtmann wandte sich der Thüre zu. Schon im Begriff, das Zimmer zu verlassen, kehrte er noch einmal zurück und bewies damit, daß er den Mittheilungen des Rechtsanwaltes gegenüber nicht ganz so gleichgültig war, als er sich den Anschein zu geben versucht.

„Sie lassen mir sogleich Nachricht zukommen, wenn Sie noch etwas von den Rüttlingen hören sollten, Leineweber."

„Gewiß, Herr Amtmann. Verlassen Sie sich auf mich. Guten Morgen!"

Als der Amtmann die Thüre öffnete sah er einen ihm wohlbekannten Mann vor sich. Er nickte ihn beinahe freundschaftlich, allerdings etwas verstohlen zu, während der Rechtsanwalt schon rief:

„Nur herein, ich habe noch gerade Zeit, ehe ich zum Termin gehe. Was habt Ihr denn, Meister?"

Der Angeredete trat mit einem etwas verlegenen Lächeln ein. Es war ein Mann mittlerer Größe mit einem breiten, rothen Gesichte, daß der oberflächliche Beobachter sehr wohl als ein gutmüthiges hätte bezeichnen mögen. In den runden, unmittelbar an der Nasenwurzel liegenden Augen war aber ein Ausdruck, der unstreitig etwas Raubvogelartiges hatte. Er trat in diesem Augenblick besonders auffällig hervor.

„Herr Rechtsanwalt, ich wollte blos 'mal fragen, was Sie zu der Geschichte mit Greifingen meinen."

„Wie so?"

„O, — es ist wegen der Leute. Sie sagen, ich käme noch auf die Freiheitsweise."

„Wer sagt's?"

„Na — so — die's einem gönnen. Heute früh hat's mir ein Junge bei der Arbeit zugeschrieen und ein Geselle hat dessenwegen Feierabend gemacht. Auch Herr Nagel meinte, ich hätte mich schön hineinleiern können, wenn Greifingen's Vertheidiger einen Antrag gestellt hätte. Nur dem Amtsrichter hätt' ich's zu danken, daß ich nicht fest gekommen wäre."

Die Worte waren mit unsicherer Stimme gesprochen und Biedermann sah den Rechtsanwalt etwas scheu von der Seite an.

„Na, freilich, hättet Ihr das können, Meister, und der Teufel mag wissen, was noch wird. Das nennt man aber auf gut Deutsch vor Dummheit brennen."

Biedermann wischte sich mit seiner blauen Leinwandschürze den Schweiß von der Stirne.

„Sie meinten doch aber selber, Herr Rechtsanwalt, meine Frau und ich müßten da so bei bleiben, dann ginge Alles gut."

„Ja, das war auch noch das einzige, sonst hättet Ihr Beide d'rin gelegen, und das rath ich Euch auch für die Zukunft, denn man weiß immer noch nicht, wie der Hase läuft."

„Herr Rechtsanwalt — Sie meenen?"

Die Angst preßte Biedermann sichtlich diese Worte aus.

„Ich meine einfach gar nichts. Da heißts abwarten. Ein vernünftiger Mensch würde solchen Unsinn nicht zusammengeratiert haben. Jamoar und Pfingsten! Wenn ich das gewußt hätte!"

SLUB
Wir führen Wissen.